



Feuerwerksverbot in Dresden

► August der Starke brachte die italienische Tradition der Lustfeuerwerke nach Dresden. Seitdem ist Pyrotechnik fester Bestandteil der Feierkultur in Elbflorenz. Zum Stadtfest, beim SemperOpernball oder bei Hochzeiten, die Dresdner erfreuen sich zu öffentlichen und privaten Anlässen immer wieder am bunten Funkenregen über dem Stadtpanorama. Dresden ist die deutsche Feuerwerkshauptstadt! Geht es nach den Grünen, ändert sich das jetzt. Ihrer Meinung nach wird in Dresden zuviel gefeiert. Sie wollen Feuerwerke massiv einschränken. Doch während der Vorstoß der Grünen im Stadtrat höchst umstritten ist, handelte die Stadtverwaltung in voreilem Gehorsam und schränkte Feuerwerke in Dresden stark ein. Gegen den Protest der Liberalen. Lesen Sie mehr auf Seite 3.

Auf der Suche nach Hufi

Keine Fledermaus in Sicht: Liberale Fraktion will Blitzer auf der Waldschlösschenbrücke abbauen – Linke, Grüne und SPD verweigern Zustimmung zum Monitoring und lehnen Nachweis der Kleinen Hufeisennase ab

Die Waldschlösschenbrücke sei ein Schwarzbau, sagt das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG). Der Planfeststellungsbeschluss sei aufgrund von Mängeln in der Umweltverträglichkeitsprüfung rechtswidrig. Das BVerwG verlangt eine neue Prüfung.

Gibt es sie nun oder gibt es sie nicht – die Kleine Hufeisennase? Diese Frage stellen sich immer mehr Dresdnerinnen und Dresdner, wenn sie mit 30 km/h über die zweispurige Waldschlösschenbrücke fahren. Und auch die FDP/Freie Bürger-Fraktion fragt sich das. Denn fünf Jahre nach der Verkehrsfreigabe hat immer noch keiner eine Hufeisennase gesehen. Höchste Zeit also, die Maßnahmen zum Schutz der Fledermaus einer Prüfung zu unterziehen. Und da die Stadt sowieso ein neues Umweltgutachten macht, würde das auch gut passen. Die zuständige Stadtverwaltung lehnt ab. Man macht zwar ein Gutachten – aber ohne Betrachtung der berühm-

testen Tierart Dresdens. Für Holger Zastrow und die Fraktion ein Übel und der Verlust jeglicher Glaubwürdigkeit.

Ursprünglich sollte Hufi mit ihren gerade mal 4 cm Körpergröße den Bau der Waldschlösschenbrücke verhindern. Später wurden allerlei Maßnahmen getroffen, um das Tier zu schützen: Lichtkonzept, Tempolimit, Bepflanzung. Nur weiß derzeit niemand wirklich, ob das alles funktioniert, ob das Tier überhaupt im Umfeld der Brücke lebt. Ein entsprechendes Monitoring würde Erkenntnisse bringen, ist sich Zastrow sicher. Dass die Stadt eine Untersuchung der Kleinen Hufeisennase als streng geschützte Tierart nicht vorsieht, verwundert den Fraktionsvorsitzenden und umweltpolitischen Sprecher der FDP/FB-Fraktion: „Das muss ein neuerlicher Schildbürgerstreich des Straßen- und Tiefbauamtes sein. Eine Bewertung der Verträglichkeit der Brücke mit dem Flora-Fauna-Habitat, ohne die geschützten

Tierarten auf den Elbwiesen einzubeziehen – wie soll das gehen?“

Die Fraktion wollte das nicht akzeptieren und stellte im Rahmen des neuerlichen FFH-Verträglichkeitsgutachtens zur Waldschlösschenbrücke den Antrag, ein Hufeisennasen-Monitoring, also eine



Zählung durchzuführen mit dem Ziel, die Existenz der Hufeisennase nachzuweisen. Während der Antrag im Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft noch Zustimmung erhielt, lehnte der Stadtrat mit den Stimmen von Linken, SPD und Grünen und haarsträubenden

Argumenten ab. Holger Zastrow fragt sich: „Geht es tatsächlich um den Schutz einer bedrohten Tierart oder um Ideologie und das Versiegen einer Einnahmequelle? Die Brücke steht seit vielen Jahren, aber eine Hufeisennase, die den Bau der Brücke erheblich verzögert und viel teurer gemacht hatte,

hat noch immer niemand gesehen. Wir haben keine Nachweise zum Vorkommen des Tieres im unmittelbaren Bereich der Brücke oder darüber, dass Fledermäuse durch den Verkehr zu Schaden gekommen sind. Es wird höchste Zeit, zumindest den Quatsch mit den

Tempo 30 zum Schutz von offenbar nicht existenten Fledermäusen auf den Prüfstand zu stellen und zur Vernunft zurückzukehren.“

Sollte die Kleine Hufeisennase nämlich nur ein Phantom sein, so wäre das von April bis Oktober geltende Tempolimit von 30 km/h auf der Waldschlösschenbrücke überflüssig. Bundesverwaltungsgericht und Landesdirektion bestätigten: Keine Hufeisennase ist gleich kein Tempolimit! Dieses ist allerdings eine durchaus solide Einnahmequelle für die Stadt, bedenkt man, dass seit Eröffnung der Brücke rund 3 Millionen Verwarn- und Bußgelder vom Brückenblitzer in die städtischen Kassen geflossen sind.

Trotz der Ablehnung des Antrages wird die FDP weiter gegen den Unsinn rund um die Waldschlösschenbrücke kämpfen, kündigte Holger Zastrow direkt nach der Abstimmung an. „Nach der Kommunalwahl starten wir einen neuen Vorstoß.“

INHALT / SEITE 2

➤ **Einsparungen bei Stadtratsarbeit**

INHALT / SEITE 2

➤ **Entwicklung der Leipziger Vorstadt**

INHALT / SEITE 4

➤ **Fraktion im Dialog**

FDP für Einsparungen bei der Stadtratsarbeit

Erneut macht sich die Fraktion stark für kleinere Ausschüsse. Linke, SPD und Grüne fürchten um ihre Entschädigungszahlungen.

„Es geht um viel Steuergeld und eine effektivere Stadtratsarbeit“, erläutert der Fraktionsvorsitzende der FDP/Freie Bürger-Fraktion, Holger Zastrow, den Vorstoß der Liberalen. Der Gesetzgeber hat den Kommunen mit der letzten Novelle der sächsischen Gemeindeordnung wieder mehr Freiheiten bei der Besetzung der Gremien des Stadtrates eingeräumt: Die Stadtratsausschüsse können von aktuell 15 auf 11 Sitze verkleinert werden,

die Mehrheitsverhältnisse bleiben gewahrt. Dies wird durch eine Änderung im Zählverfahren erreicht. „Alleine die Einsparungen bei der Stadtratsentschädigung für die noch laufende Wahlperiode dürfte sich auf einen fünfstelligen Betrag belaufen. Geld, das wir in Dresden sinnvoller ausgeben können. Linke, SPD und Grüne hätten auch nach der Verkleinerung eine Mehrheit in den Ausschüssen“, so Zastrow.

Bereits im Juni hat die FDP/Freie Bürger-Fraktion diesen Verkleinerungsvorstoß im Stadtrat zur Abstimmung gebracht. Leider wurde dieser damals abgelehnt. Hauptargument von Linken, SPD und Grünen war es, dass der FDP-Vorstoß zu kurzfristig kam. Aus diesem Grund haben die Freien Demokraten das Thema im September erneut zur Abstimmung im Stadtrat gestellt. Möglich war dies, da die Abstimmung aus dem Juni im Stadtrat

wiederholt werden musste. Der Antrag wurde abermals abgelehnt. Die gleichen Parteien stimmten wiederholt gegen die Verkleinerung der Ausschüsse – diese Mal sogar ohne Begründung. Zastrow sieht in der erneuten Ablehnung einen ganz klaren Grund: „Nicht die effektive Stadtratsarbeit steht im Fokus, man hat Angst seinen bequemen Platz im Ausschuss aufgeben und damit auf seine Entschädigungszahlungen verzichten zu müssen.“



Entwicklung Leipziger Vorstadt auf Jahre blockiert

Seit Jahren wird über die Zukunft des alten Leipziger Bahnhofs diskutiert. Nun wird die Sachlage immer komplizierter, denn auch einen geeigneten Ausweichstandort für Globus gibt es nicht.

Seit 2011 wird über eine mögliche Globus Ansiedlung am alten Leipziger Bahnhof diskutiert, verhandelt und geplant. 2014 erhielt das Familienunternehmen Globus einen rechtskräftigen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für das Areal. Das Grundstück ist seit 2011 in Firmenbesitz. Theoretisch hätte es also längst los gehen

können. Mit der Kommunalwahl 2014 hat sich aber vieles geändert. Um Globus in der Leipziger Vorstadt zu verhindern, erarbeitete man einen neuen Masterplan, der ungeachtet von stadtplanerischen, rechtlichen und finanziellen Problemen vor allem auf Wohnbebauung setzt. Diese ist theoretisch möglich, praktisch aber nur sehr

schwer zu realisieren und teuer. Denn Wohnungen würden direkt neben einer vielbefahrenen Bahnstrecke gebaut, man müsste wertvolle Baumbestände fällen und die Eigentümer der Grundstücke gewinnen. Und diese Eigentümer sind weitgehend die Globus-Eigner. Aber das interessiert die Stadtratsmehrheit nicht.

Inzwischen wird die Lage immer komplizierter und die Entwicklung der Leipziger Vorstadt verzögert sich weiter. Zuletzt hat der Stadtrat mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün, trotz aller Bedenken und ohne die Vorstellungen der Eigentümer zu respektieren, entschieden, auf dem Gebiet des Alten Leipziger Bahnhofs Wohnbebauung voranzutreiben. „Der Beschluss des Stadtrates ist nicht vertretbar. Es werden Tatsachen geschaffen, ohne eine entsprechende Alternative anzubieten. Das ist die faktische Enteignung eines Eigentümers. Hier werden keinerlei Kompromisse mit Beteiligten eingegangen“, so FDP/Freie Bürger-Fraktionschef Holger Zastrow.

12.000 m² auf 8.000 m² reduziert, erste Umweltauflagen das Grundstück betreffend wurden bereits umgesetzt und auch die Suche nach einem Alternativstandort wurde durch Globus aktiv unterstützt. Diese Standortsuche scheiterte jedoch vorerst an passenden Flächen. Solange sich also keine echte Alternative findet, bleibt Globus Eigentümer der Fläche und eine Entwicklung des Areals nach den Wünschen der Ratsmehrheit wird es nicht geben.

Das Dilemma ist perfekt. Rot-Rot-Grün hat für ein Planungschaos in der Leipziger Vorstadt gesorgt. „Ohne Alternativstandorte und ohne Gesprächsfaden mit dem Investor scheint der weitere Verfall dieses Areals und auch der Verlust von denkmalgeschützter Bausubstanz unumgänglich. Die städtebauliche Entwicklung der Leipziger Vorstadt bleibt mit Rot-Rot-Grün auf Dauer blockiert“, stellt Holger Zastrow resigniert fest.



Die Brache Alter Leipziger Bahnhof

KURZNACHRICHTEN

Acht Jahre Masterplan Licht: Umsetzung geht nur langsam voran

Nach dem 2010 beschlossenen „Masterplan Licht“ soll die Beleuchtung der prägnantesten Gebäude und Brücken in der Innenstadt aufeinander abgestimmt werden, um die Dresdner Silhouette besser in Szene zu setzen. Acht Jahre nach Beschlussfassung ist der Masterplan jedoch immer noch nicht vollständig umgesetzt, wie eine FDP/FB-Anfrage ergab. Die Umsetzung geht nur langsam voran.

Auf Altstadtseite ist vieles schon gut gelungen, aber die Situation auf der Neustädter Seite ist nach Auffassung der Fraktion

unbefriedigend. Die Fassadenbeleuchtung des Blockhauses und des Japanischen Palais wurde immer noch nicht realisiert, das Lichtkonzept für die Staatskanzlei und das Finanzministerium erscheint nicht ausgereift. Verantwortlich für die Ausführung an diesen Gebäuden ist zwar der Freistaat Sachsen, nach Auffassung der Freien Demokraten ist die Stadt jedoch aufgefordert, mehr Druck auf Landesebene zu machen und die Umsetzung des Planes einzufordern.

Kritik an Plänen für Ankerzentren in Dresden

Der Freistaat Sachsen will in Dresden zwei sogenannte Ankerzentren mit jeweils 750 Plätzen einrichten. Die FDP/Freie Bürger-Fraktion kritisiert den Plan von Innenminister Roland Wöller (CDU) scharf.

„Die Idee der Ankerzentren ist nur das hilflose Herumdoktern an einer völlig falschen und gescheiterten schwarz-roten Flüchtlingspolitik der vergangenen Jahre. Das haben inzwischen alle Bundesländer erkannt – außer Bayern und Sachsen“, so der Fraktionsvorsitzende Holger Zastrow.

Revitalisierung des Fernsehturms kommt voran: Bund sagt Fördermittel zu

Die Nachricht sorgte für manchen Freudenprung: Der Bund stellt erhebliche Fördermittel für die Sanierung des Fernsehturmes zur Verfügung und auch das Land hat seine Unterstützung signalisiert. Die FDP setzt sich am längsten und am stärksten für die Wiedereröffnung des Turmes ein. Fraktionschef Holger Zastrow zur Berliner Entscheidung: „Das ist eine historische Chance, die Dresden nutzen muss. Es öffnet sich eine Tür, durch die die Stadt jetzt gehen sollte, bevor sie sich wieder schließt. Ein Traum kann wahr

werden. Die Dresdner und das gesamte Umland können einen ihrer Sehnsuchtsorte zurückbekommen. Der Fernsehturm ist anerkannter Weise eines der bedeutendsten Symbole der Ostmoderne auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Der Eigenanteil der Stadt scheint überschaubar und machbar. Die Stadt muss jetzt ihren Anteil einbringen und ein vernünftiges Betreiberkonzept vorlegen.“ Die FDP/Freie Bürger-Fraktion wird für die haushaltstechnische Umsetzung einen Vorschlag machen.

Dresden soll Feuerwerkshauptstadt bleiben

In Dresden werden Feuerwerke stark eingeschränkt. Die Grünen wollten das, die Stadtverwaltung spielt mit.

Eigentlich war man sich sicher, dass der Vorstoß der Grünen, die Feuerwerke in Dresden einzuschränken, keine Mehrheit finden würde. Zu konstruiert und lebensfremd erschien die Argumentation selbst deren Partnern bei Linken und SPD. Doch am Ende kam es anders. Als sich eine Ablehnung in den Fachausschüssen abzeichnete, nutzten die Bündnisgrünen offenbar ihren Draht in die Verwaltung. Auf dem Verordnungsweg und in vorausgehendem Gehorsam setzte die Stadtverwaltung das um, was politisch nicht mehrheitsfähig wäre. Jetzt hat Dresden ein weitgehendes Feuerwerksverbot und ein völlig bürokratisiertes Genehmigungsverfahren, das Kriterien folgt, die sich grüne Stadträte willkürlich ausgedacht haben.

Aber von vorn. „Immer wenn es um Lebenslust und Freude geht, kommen die Grünen mit einem Verbot um die Ecke“, kritisierte der Fraktionsvorsitzende der FDP/Freie Bürger-Fraktion, Holger Zastrow, die Verbotsinitiative der Grü-

nen deutlich. Er ist sich sicher: „Die Stadt hat kein Feuerwerksproblem. Dresden ist nun einmal eine Stadt, die zum Draußensein und Feiern einlädt. Nicht umsonst gibt man sich in der Stadtwerbung auch den Namen Silvesterstadt.“

Auch die Zahlen beweisen das. Dem Ordnungsamt wurden allein im Juli 2016 584 Beschwerden aufgrund von Lärm, Rasenmähen und zu lauter Partys gemeldet. Dem ge-

genüber stehen neun Beschwerden im ganzen Jahr 2016 aufgrund von Feuerwerken. Trotz dieser Sachlage hat die Stadtverwaltung eigenmächtig eine neue Regelung eingeführt und Tatsachen geschaffen. Danach wird das Abbrennen von Feuerwerken stark eingeschränkt und bürokratisiert. Künftig sind Feuerwerke nur noch in wenigen definierten Ausnahmefällen und bei einigen Großereignissen möglich.



„Die Stadtverwaltung mit dem CDU-Ordnungsbürgermeister und der grünen Umweltbürgermeisterin an der Spitze brüskiert mit diesem Alleingang den gesamten Stadtrat. Besonders, wenn man in Betracht zieht, dass es lediglich sieben Beschwerden zu genehmigten Feuerwerken im gesamten Jahr 2017 gab und das bei insgesamt 232 genehmigten Feuerwerken. „Es gibt in dieser Sache keinen Handlungsbedarf. Jede Familienfeier in der Gartensparte nebenan verursacht mehr Beschwerden“, kommentiert Zastrow lakonisch die Begründung der Verwaltung.“

Nach Bekanntwerden der Pläne der Stadtverwaltung wurden zudem rechtliche Bedenken zur neuen Verwaltungsvorschrift benannt. Danach dürfte die Landeshauptstadt die Genehmigung gar nicht über die bundesgesetzlichen Regelungen hinaus einschränken. Auch aus Sicht des liberalen Fraktionschefs ist das Verhalten äußerst fragwürdig: „Dass die Stadtverwaltung jetzt vorprescht und sich trotz

des eindeutigen Stimmungsbildes im Ausschuss die Minderheitsmeinung der Grünen zu eigen macht, irritiert und zeugt von absoluter Missachtung des Stadtrates. Das kann nicht hingenommen werden. Das Verwaltungshandeln ist rechtlich, politisch und gesellschaftlich fragwürdig. Wir bezweifeln, dass die Stadtverwaltung überhaupt das Recht hat, die besonderen Anlässe willkürlich zu definieren und ohne nähere Begründung einzuschränken“, so die Fraktion.

Aus diesem Grund hatte die FDP/FB-Fraktion im August eine Aktuelle Stunde im Stadtrat zum Thema durchgesetzt. Auch in dieser Debatte betätigte sich mehrheitlich eine Ablehnung gegenüber einem Feuerwerksverbot. Nur die Grünen begrüßten erwartungsgemäß die Einschränkung von Feuerwerken in Dresden. „Wir wollen das Dresden Feuerwerksstadt bleibt“ so Zastrow. Nach der Wahl werde man das Thema wieder aufrufen und versuchen, zur alten bewährten Regelung zurückzukehren.

Dresdens älteste Baustelle

Seit nunmehr acht Jahren stehen mobile Leitplanken und Warnbaken auf der Grundstraße zwischen Rodelweg und Elisabethstraße. Eine Baustelle – sollte man meinen. Nur gebaut wird hier nicht.

Es ist wohl die älteste Straßenbaustelle der Stadt und alles wirkt dubios. Denn es sind weder Schäden noch Bautätigkeiten zu erkennen. Zumal die Grundstraße längst saniert wurde.

Probleme im Beton seien verantwortlich. So antwortet die Stadtverwaltung auf die Anfrage der FDP/FB-Fraktion vom Juli. Die

Stahlbetonröhre des Loschwitzbaches, der unter dem Rad- und Gehweg fließt, ist aufgrund einer „unkontrolliert ablaufenden Alkali-Kieselsäure-Reaktion im Betongefüge schwer beschädigt“ und müsse saniert werden. Bis die Sanierung des sogenannten Betonkrebses abgeschlossen ist, dürften keine (schweren) Fahrzeuge den Bereich überfahren, damit

ein Teileinsturz des entsprechenden Arealen ausgeschlossen werden könne.

Die Ratsfraktion fordert nun den zeitnahen Baubeginn: „2010 wurden die Schäden entdeckt, die Aufnahme der Bautätigkeit ist längst überfällig. Langsam könnte man meinen, ein Zwischenlager für Warnschilder und ausrangierte

Leitplanken vorzufinden. Zumal Lackspuren und Beulen auch zeigen, dass ein Unfallrisiko von der provisorischen Fahrbahnbegrenzung ausgeht.“

Wann diese Erneuerung nun ausgeführt wird, bleibt weiterhin unklar. Geplant ist ein Beginn der Bauarbeiten laut Verwaltung aktuell immer noch nicht.



Stilleben Grundstraße

KURZNACHRICHTEN

Robotron-Kantine oder Erweiterung des Großen Gartens – Wie weiter in der Lingnerstadt?

Eigentlich sollte die alte Robotron-Kantine in der Lingnerstadt längst abgerissen sein und das Areal für eine Parkerweiterung des Großen Gartens genutzt werden. So sah es der auch von der FDP unterstützte ursprüngliche Plan der Landeshauptstadt vor. Gestoppt wurde diese Überlegung im Stadtrat von Linken, SPD und Grünen. Sie wollten die Kantine unter Denkmalschutz stellen lassen und für Kulturprojekte nutzen. Obwohl der Denkmalschutz bereits abgelehnt wurde, wird weiter heiß über die

Robotron-Kantine diskutiert. Geht es nach der linksgrünen Ratsmehrheit, wird die Kantine als Kunsthaus für bis zu 13 Millionen Euro saniert. Ein Betrag, der in etwa auch für die Sanierung des Fernsehturmes aufgerufen wird. „Bevor man ernsthaft darüber nachdenkt, Millionen in ein Nischenobjekt zu stecken, das nur Wenige kennen und das am Ende auch nur von Wenigen genutzt wird, sollten wir in Dresden wichtigere Projekte angehen“, heißt es aus der liberalen Fraktion.

Bau der Königsbrücker Straße erst ab 2020

Der Ausbau der Königsbrücker Straße verschiebt sich weiter. Die Sanierungsmaßnahmen an der wichtigsten Nord-Süd-Verbindung beginnen nicht vor 2020, das ergab die Anfrage des FDP-Stadtrates Holger Zastrow. Aktuell steht das Planfeststellungsverfahren bei der Landesdirektion Sachsen an, das sich nach Anzahl und Inhalt der Einwände entsprechend verlängert. Nach zwei weiteren Planungsstufen folgt dann die europaweite Ausschreibung der Bauleistung. Der Bauzeitraum selbst wird auf zwei Jahre kalkuliert.

Loschwitzer Straße – Rückbau geplant

Die Stadt hat Pläne für die Sanierung der Loschwitzer Straße ab 2021 vorgelegt. Diese beinhalten die Verengung der Straße auf jeweils eine Richtungsspur, die sich ÖPNV und Autoverkehr teilen. Die bisherige Autospur wird zum Radweg. Die FDP/FB-Fraktion lehnt die massive Einschränkung der beiden wichtigsten Verkehrsmittel der Stadt zugunsten des Radverkehrs ab und befürchtet, dass demnächst Bahn und Autos im Stau stehen, besonders wenn das Blaue Wunder saniert wird.

Bäder GmbH scheitert am Spätsommer

Mitte September herrschen in Dresden erneut über 30 Grad. Wie auch in den vergangenen Jahren erlebt Dresden einen schönen Spätsommer – die Dresdner Bäder sind aber bereits geschlossen. „Alle Jahre wieder beweist die Dresdner Bäder GmbH wie unflexibel und lebensfremd sie ist. Wieder haben wir einen schönen Spätsommer und wieder sind die Bäder geschlossen. Eigentlich sollte doch alles besser werden mit der neuen Bäder GmbH“, spottet der sportpolitische Sprecher der Fraktion Jens Genschmar.

Fraktion im Dialog

Offenes Rathaus

Am 30. Juni lud die Stadtverwaltung zum Offenen Rathaus ein. Die Feuerwehr feierte 150-jähriges Jubiläum, Bürgermeister, Beigeordnete und Fraktionen stellten sich vor und gaben Gelegenheit für den regen Austausch. Auch Holger Zastrow und Franz-Josef Fischer der FDP/FB-Fraktion standen den Besuchern Rede und Antwort. Deutlich wurde an diesem Tag, dass den Stadträten die Erfüllung der städtischen Pflichtaufgaben bei Schulen und Kitas ebenso wichtig sind, wie nachhaltige Investitionen in den Wirtschafts- und Kultur-

standort Dresden. Zudem steht der Erhalt der guten Dresdner Infrastruktur entgegen dem Rot-Rot-Grünen Rückbauwahn im Fokus.

Diskutiert wurde am Stand der FDP/FB-Fraktion auch über Sanierungswünsche von architektonisch spannenden Gebäuden und Ensembles der Stadtlandschaft. Die Bürger konnten abstimmen, welches Objekt aus ihrer Sicht im Fokus der Haushaltsplanung stehen sollte. Klarer Favorit war der Fernsehturm.

Ehrenamtsbörse

Auch zur ersten Ehrenamtsbörse der Stadt Dresden im September stellten sich die Stadträte der FDP/FB-Fraktion Holger Zastrow, Detlev Cornelius und Franz-Josef Fischer dem interessierten Publikum und informierten über die Arbeit der Fraktion, denn kommunalpolitisches Engagement ist ein Ehrenamt.

Um ins Gespräch zu kommen, waren die Bürger erneut eingeladen, an unserer Umfrage teilzunehmen. Diese zeigte wieder einmal: Bei den Besuchern hat die Sanierung des Fernsehturms erste Priorität.



Holger Zastrow (3. v. re.) und Detlev Cornelius (li.) informieren bei der Ehrenamtsbörse



Franz-Josef Fischer im Gespräch

Auffahrt Prohlis sicherer machen

Nach schweren Unfällen fordert Stadtrat Jens Genschmar eine neue Ampelanlage an der Autobhahnauffahrt zur A17



Die Autobhahnauffahrt Prohlis zur A17 ist seit 2004 geöffnet und ein weiterer wichtiger Verbindungspunkt für alle Pendler und Berufskraftfahrer. Nach mehreren Unfällen steht seit 2008 eine Ampel an der Auffahrt in Richtung Dresden. Für die Auffahrt in Richtung Prag gibt es eine solche Ampel jedoch nicht.

FDP-Stadtrat Jens Genschmar setzt sich nun vehement für eine weitere Ampel ein: „Immer wieder habe ich Unfälle an dieser Auffahrt gesehen. Es wird Zeit, dass auch diese Kreuzung eine Ampel bekommt.“ Da die betreffende Kreuzung zwischen S191 und Autobahnzubringer aber nicht in die Zuständigkeit der Landeshauptstadt fällt, fordert die FDP/Freie Bürger-Fraktion nun mit einem Antrag, dass sich der Oberbürgermeister beim Freistaat für die Einrichtung der Ampel stark macht. „Die Stelle mag theoretisch nicht mehr zum Stadtgebiet gehören, praktisch sind es aber vor allem die Dresdner, die diesen Autobahnzubringer benutzen. Deshalb muss hier auch die Stadt energisch gegenüber den zuständigen Stellen auftreten“, fordert Genschmar mit Blick in Richtung des zuständigen Freistaates.



Die Stadträte und Mitarbeiter der FDP/FB-Fraktion trauern um die am 12. Mai 2018 verstorbene

Erika Peters,

Stadträtin der ersten Stunde.

Fast ihr gesamtes Leben widmete sie der liberalen Politik und half beim Wiederaufbau Dresdens. Sie wurde 101 Jahre alt.

Fraktionsvorsitzender Holger Zastrow bekundet seine Anteilnahme: „Erika Peters hat die Arbeit der FDP in den letzten 70 Jahren mitgestaltet, erst in Dresden und zuletzt in Nordrhein-Westfalen. Sie lebte für die Demokratie und war uns allen ein Vorbild.“



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE:

Fassadenkampf und Höhenwahn

Schöner Wohnen! Diesen Werbespruch gab es vor dreißig Jahren schon. Aber was machen wir heute? Dresden hat einen enormen Bedarf an Wohnraum, besonders an bezahlbaren Mietwohnungen. Eine städtische Wohnungsgenossenschaft mit den entsprechenden städtischen Flächen ist das eine; andererseits ist jedoch für Parks, Wiesen und Bäume im Umfeld kaum Platz.

Kein Wunder, dass private Investoren in die Höhe bauen möchten. Preis und Leistung müssen irgendwie stimmen. Die rot-grün-rote Mehrheit im Stadtrat möchte alle Faktoren bedienen: weiträumiges Bauen, Parks, Spielplätze und möglichst keine Autos.

Auf stadteigenen Flächen kann dies ja geschehen! Aber derer gibt es nicht viele. Die wenigen Investoren, die Dresden noch nicht aufgegeben haben, werden nun von der Stadtratsmehrheit ständig brüskiert. Im Moment sind es die Höhen einiger Projekte, die im Visier von RGR stehen. Bitte keine Türme, heißt es! Dabei sind herausragende Bauten im Stadtbild kein Ärgernis, eher eine Bereicherung. Die durch „königliches Dekret“ geforderte Maximalhöhe wird nie überschritten, also was soll's?

Wenn das Argument Bauhöhe nicht greift, dann hat die Stadtratsmehrheit ein weiteres Geschütz aufgefahren: die Fassadengestaltung! Jeder noch



Umstrittene Fassade am Hotelneubau Marienbrücke

so vernünftige Bauantrag wird sofort in Frage gestellt, obwohl die Fassadengestaltung im Verlauf des Verfahrens noch gar nicht Gegenstand ist. So wird zeitlich gebremst und die Investoren werden verprellt. Die agierenden Stadträte sind meist keine Fachleute, aber bei Fassaden will ja die ganze Bevölkerung mitreden. So tut es der einzelne Stadtrat erst recht. Und zugegeben: Dresden

zeigt nicht immer eine glückliche Hand bei der äußeren Gestaltung von Wohnbauten.

Ob sich das nach den Wahlen 2019 wohl ändern lässt ...?

Fragt der Freie Bürger

Franz-Josef Fischer

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Detlev Cornelius, Franz-Josef Fischer, Prof. Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar und Holger Zastrow.

Kontakt

FDP/FB-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fb-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 2662, Fax 488 2989
E-Mail fdp-fb-fraktion@dresden.de

Redaktion

Steffen Hintze (V.i.S.d.P.)

Gesamtherstellung:

Saxedo GmbH/SDV Direct World GmbH

Bildnachweise

Fraktionsarchiv, Karsten Prauße
Titel: Toni Kretschmer

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP/FB-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fb-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4882662